



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

18/SN-110/ME
A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 920.751/4-II/A/6/94

An die
Parlamentsdirektion

W i e n

Mag. Zimmermann

Betrifft GESETZENTWURF
Zl. 85-GE/19
Datum: 26. JAN. 1995
Verteilt 27.1.95

Sachbearbeiter
ALBERER

Klappe/Dw
2378

Ihre GZ/vom

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Aufenthaltsgesetz geändert wird

Das Bundeskanzleramt beehrt sich, in der Anlage seine
Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Aufenthaltsgesetz geändert wird, in 25-facher Ausfertigung mit
dem Ersuchen um Kenntnissnahme zu übermitteln.

Beilage (25-fach)

19. Jänner 1995
Für den Bundeskanzler:
BÖHM

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2
Tel. (0222) 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
DVR: 0000019

GZ 920.751/4-II/A/6/94

An das
Bundesministerium für Inneres

W i e n

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

ALBERER

2378

97.103/15-SL III/94
vom 7. Dezember 1994

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Aufenthaltsgesetz geändert wird

Der vorliegende Entwurf einer Novelle zum Aufenthaltsgesetz
gibt zu folgenden Bemerkungen Anlaß:

Die Feststellungen über die Kosten der Vollziehung dieser
Novelle enthält weder im Vorblatt noch in den Erläuterungen
(diesfalls zu Z 9) eine genaue Kalkulation des personellen
Mehrbedarfes und eine Konkretisierung der Qualität der
einzelnen Planstellen. Ohne diese Detailangaben lassen sich die
finanziellen Mehrbelastungen des Personalaufwandes nicht
berechnen.

Weiters besteht bei den Ausführungen über die Globalkosten -
abgesehen von widersprüchlichen Angaben über die Zahl der nach
der geplanten Novelle zu erwartenden Berufungen - ein
Widerspruch zwischen den Angaben im Vorblatt ("....aber
unabhängig von der Novelle eine Aufstockung der
Berufungsbehörde um 30 Planstellen....") und den Erläuterungen
zu Z 9 auf Seite 15, zweiter Absatz ("....jährlich rund 30.000
gesenkt werden. Auch diese Zahl wird eine Aufstockung des
Personals der Behörde zweiter Instanz um etwa 30
Planstellen...").

- 2 -

Generell ist zum global ausgewiesenen Mehrbedarf festzuhalten, daß Angaben darüber fehlen, wie dieser Personalmehrbedarf abgedeckt werden soll bzw. in welchem Umfang ressortinterne Umschichtungsmöglichkeiten für seine Abdeckung herangezogen werden können.

Aus den dargelegten Gründen bestehen gegen den vorliegenden Entwurf Bedenken.

19. Jänner 1995
Für den Bundeskanzler:
BÖHM

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

